

WILFRIED LOTH

## Die Zentrumspartei an der Jahrhundertwende

Unter den *verdammt heterogene[n] Elemente[n]*, die sich nach einem Wort des Haupt-Initiators der Partei, Peter Reichensperger, im Zentrum zusammenfanden<sup>1</sup>, ragten zunächst Repräsentanten des katholischen Adels und bürgerliche Honoratioren hervor – die ersteren aufgrund des Respekts, den sie in einer noch weitgehend traditional bestimmten Gesellschaft genossen, die zweiten vielfach unter Vermittlung des katholischen Klerus, der sich um respektable Anwälte für die Anliegen der Kirche und des katholischen »Volkes« bemühte. Adlige und bürgerliche Honoratioren bildeten im Verein mit politisch engagierten Geistlichen die örtlichen Wahlkreis- und regionalen Organisationskomitees, und diese entschieden dann über die Kandidaten für die Parlamentsfraktionen, deren Führungskräfte gleichzeitig als informelle Führungskräfte der Gesamtbewegung fungierten. Unter diesen wuchs der entschieden konstitutionell und universalistisch ausgerichtete ehemalige hannoveranische Minister Ludwig Windthorst in den scharfen parlamentarischen Auseinandersetzungen mit Bismarck rasch zum charismatischen und zugleich bis ins Detail selbst regulierenden eigentlichen Parteiführer heran, während sich die aristokratischen und eher konservativen Führungskräfte wie Burghard von Schorlemer-Alst, Klemens von Heeremann-Zuydwyk, Franz von Ballestrem, Karl von Hoeningen-Huene, Konrad von Preysing, Georg von Franckenstein und die Brüder Peter und August Reichensperger, die sich weitaus stärker zur Führung der Bewegung berechtigt fühlten, mit sekundären Rollen zufriedener geben mussten. Konzentration auf den Kulturkampf, gemeinsam erlebte Repression und hoher Stammsitzanteil unter den Zentrumsmandaten, der den Aufstieg neuer Führungskräfte verzögerte, verhalfen dieser gewiss nicht spannungsfreien Kombination aus Honoratiorentum und cäsaristischer Massenbewegung zu einem hohen Maß an Stabilität; Windthorst konnte die Partei auf weite Strecken auf eine liberale, die konservativen Empfindungen nur sehr bedingt berücksichtigende Politik verpflichten<sup>2</sup>.

Erst gegen Ende der 1880er Jahre wirkten die Erosion der traditionellen Sozialbeziehungen, das Aufkommen neuer sozialer Probleme im Zuge des krisenhaften Industrialisierungsprozesses und das Arrangement, das Papst Leo XIII. auf Kosten des Windthorstschen Zentrums mit Bismarck traf, dahingehend zusammen, dass die Grundlagen dieser Kräftekonstellation ins Wanken gerieten. Windthorsts Präsenz verhinderte zwar ein Auseinanderbrechen des Zentrums, wie es jetzt vielerorts schon befürchtet bzw. erhofft wurde; zur Verständigung auf eigene positive Gesetzesinitiativen war die Zentrumsfraktion im Reichstag jedoch nicht mehr in der Lage; und nach Windthorsts Tod im März 1891 wurden heftige Auseinandersetzungen nicht nur um die Führungsposi-

1 Peter an August Reichensperger 27.11.1870, zit. bei Ludwig PASTOR, August Reichensperger 1808–1895. Sein Leben und Wirken, Freiburg i.Br. 1899, 2.

2 Vgl. Margaret Lavinia ANDERSON, Windthorst. A Political Biography, Oxford 1981, unter Korrektur des landläufigen Klischees von der »konservativen Adelspartei« (so die Formulierung von Peter MOLT, Der Reichstag vor der improvisierten Revolution, Köln/Opladen 1963, 106).



tionen, sondern auch um die künftige politische Orientierung der Bewegung ganz unvermeidlich<sup>3</sup>.

## 1. Konservative Ambitionen

Die ersten Initiativen für eine Reorientierung des Zentrums gingen von den aristokratisch-konservativen Honoratioren aus. Für sie war mit dem offiziellen Ende des Kulturkampfes der wesentliche Grund für die oppositionelle Haltung des Zentrums weggefallen. Von den segensreichen Wirkungen eines Bündnisses von Thron und Altar überzeugt setzten sie auf eine Verständigung aller genuin konservativen Kräfte, die die traditionelle Ordnung gegen die Gefährdung durch liberale und sozialistische Kräfte abschotten und ihnen selbst zugleich den Weg zum Mitregieren freimachen sollte; von einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Fortschrittspartei oder gar den Sozialdemokraten, die sie auch in der Repressionszeit nur höchst widerwillig in Kauf genommen hatten, wollten sie nichts mehr wissen. Dass Windthorst gleichwohl an dieser Zusammenarbeit festhielt und den autokratischen Ansprüchen Bismarcks gegenüber weiterhin auf der Gewährleistung der konstitutionellen Freiheiten beharrte, erfüllte sie mit Unmut; und dass unter seiner Ägide jetzt verstärkt Politiker mit bürgerlichem Hintergrund an Einfluss gewannen – Männer wie Julius Bachem, Ernst Lieber oder Felix Porsch, die ohne ausgesprochene Demokraten zu sein doch auf einer Wahrung und pragmatischen Ausweitung der *Volksrechte* bestanden –, ließ sie eine *Demokratisierung* und Radikalisierung des Zentrums befürchten, gegen die es rechtzeitig zu intervenieren galt<sup>4</sup>.

Als Leo XIII. die Zentrumsfraktion 1887 drängte, Bismarcks Septennatsvorlage anzunehmen, um das Terrain für eine Verständigung der Kirche mit dem Bismarckreich auf breiter Grundlage zu bereiten, sah ein guter Teil der aristokratisch-konservativen Führungsgruppe die Chance gekommen, Windthorst zur Kurskorrektur zu zwingen. Selbst als Windthorst den Befürwortern der Vorlage eine Stimmenthaltung der Fraktion konzedierte, um wenigstens nach außen hin die Einheit der Partei zu wahren, blieb eine von Peter Reichensperger geführte Minorität bei ihrem positiven Votum und bekundete damit in aller Öffentlichkeit ihre Bereitschaft zum Arrangement mit Bismarck. Nachdem sich Leo XIII. dann gegen Windthorsts Willen mit Bismarck auf das Zweite Friedensgesetz verständigt hatte, intrigierte Schorlemer in Berlin und in Rom gegen den unbequem gewordenen Zentrumsführer, suchte ihn auf eine konservative Reorientierung zu verpflichten und ließ allenthalben deutlich die Ambition erkennen, selbst die Führung des Reichstagszentrums zu übernehmen. Als sich Windthorst 1889/90 Bismarcks Entwurf einer Alters- und Invaliditätsversicherung aus Furcht vor »staatssozialistischer« Korrumpierung der breiten Massen widersetzte, waren die Aristokraten, in dieser Frage von Franckenstein geführt, nahe daran, aus der Fraktion auszuschneiden; in der Öffentlichkeit wurde über ein Einschwenken des Zentrums auf Regierungskurs oder aber über die Neugründung einer konservativ-katholischen Partei spekuliert.

3 Die folgende Skizze folgt meiner Darstellung des politischen Katholizismus im wilhelminischen Deutschland: Wilfried LOTH, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands*, Düsseldorf 1984.

4 Vgl. als exemplarisches Zeugnis einen vertraulichen Bericht Franckensteins an die Kurie vom Oktober 1889, Schlözer an Bismarck 5.11.1889, Anlage, PAAA Deutschland 125, 1; allgemein hierzu und zum folgenden ANDERSON, Windthorst (wie Anm. 2), 357f. u. 368–381.



Nur mit äußerster Mühe konnte Windthorst 1890 verhindern, dass ein korporatistisch ausgerichteter Flügel unter den Aristokraten – Felix von Loë-Terporten, Fürst Karl Löwenstein, Franz von Wamboldt und wohl auch Friedrich Carl von Fechenbach – im Gegenzug zu dem jüngst konstituierten Evangelischen Bund eine antiprotestantische Massenorganisation ins Leben rief und damit der Politik der Verständigung mit allen rechtsstaatlichen Kräften ein schweres Hindernis in den Weg legte, wenn nicht sogar völlig diskreditierte. Als nicht nur der Mainzer Bischof Paulus Haffner, der seit jeher mit den korporatistischen Kreisen in Verbindung gestanden hatte, sondern auch der Trierer Bischof Michael Felix Korum, der bislang Windthorst gegen Leo XIII. und Bismarck gestützt hatte, dem Projekt zustimmten, vermochte sich Windthorst nur noch zu behaupten, indem er in letzter Minute unter Androhung seines Rücktritts von allen politischen Ämtern eine Verschiebung des Gründungsbeschlusses erzwang, in die weiteren Beratungen alle aufbietbaren Gesinnungsgenossen einschaltete und dann die Gründung einer antisozialdemokratischen Massenorganisation offerierte, wie sie die katholischen Sozialpolitiker Franz Hitze und Franz Brandts angeregt hatten. Zur Absicherung dieses »Volksvereins für das katholische Deutschland« gegen die Einflüsse der aristokratischen Reaktion sorgte er wiederum unter beträchtlichem persönlichem Einsatz für seine organisatorische Ansiedlung im Bereich des bürgerlich-industriell dominierten Rheinlands (Mönchengladbach) und für einen ebenso tatkräftigen wie in seinem Sinne zuverlässigen Vorstand (insbesondere Franz Brandts als erster und der junge Kölner Rechtsanwalt Carl Trimborn als zweiter Vorsitzender) und propagierte in den Wintermonaten 1890/91 landauf landab persönlich die »staatsbürgerliche« und sozialpolitische Mobilisierung der deutschen Katholiken durch die neue Organisation. Überwältigende Resonanz wurde ihm dabei freilich nicht zuteil – die Kraftprobe mit den Aristokraten war noch keineswegs gewonnen<sup>5</sup>.

Indessen scheiterten die Initiativen von aristokratischer Seite nicht nur am Rückhalt, den Windthorst im katholischen Volksteil und dem Gros seines Klerus genoss, und an der taktischen Geschicklichkeit und Energie, mit der er es verstand, diesen Rückhalt gegen seine Widersacher auszuspielen. Auch nach seinem Tode, den die realistischeren unter den aristokratischen Frondeuren ohnehin hatten abwarten wollen, kam die geplante Umwandlung des Zentrums in eine strikt konservative regierungsloyale Honoratiorenpartei nicht zustande. Zwar arbeiteten nun gouvernemental eingestellte Kirchenführer wie insbesondere Bischof Georg Kopp, der für seine Vermittlungsdienste beim Zustandekommen der Friedensgesetze von Bismarck mit einem Sitz im Preußischen Herrenhaus und vom Papst mit dem Fürstbischofssitz in Breslau und der Kardinalwürde belohnt wurde<sup>6</sup>, auf eine Anpassung des Klerus an den konservativen Kurs hin. Ebenso wirkten die dehnbaren Bestimmungen des Zweiten Friedensgesetzes bezüglich des staatlichen Vetorechts bei der Bestellung von Geistlichen und der Niederlassung von Orden zumindest tendenziell im Sinne einer Neutralisierung, wenn nicht gar

5 Emil RITTER, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954, 139–145. – ANDERSON, Windthorst (wie Anm. 2), 391ff. – Pieper an Julius Bachem 8.3.1904, BA Berlin I Vv 2, 137–142. – Wilfried LOTH, Der Volksverein für das katholische Deutschland, in: Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik, hg. v. Jochen-Christoph KAISER u. Wilfried LOTH, Stuttgart 1997, 142–154.

6 Zu seiner Rolle vgl. allgemein Rudolf MORSEY, Georg Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau, 1887–1914, Kirchenfürst oder »Staatsbischof«?, in: Wichmann Jahrbuch für Kirchengeschichte im Bistum Berlin 21–23 (1967–1969), 42–65; speziell zu seiner Vermittlung zwischen Bismarck und Leo XIII. siehe Christoph WEBER, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes, Mainz 1970.



Gouvernementalisierung der katholischen Geistlichkeit<sup>7</sup>. Und schließlich vermochten sich Aristokraten wie Schorlemer, Huene und Felix von Loë-Terporten, die sich seit Jahren in den Christlichen Bauernvereinen um die Abschirmung der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Folgen der Industrialisierung bemüht hatten, als Sprecher einer immer massiver auftretenden agrarischen Bewegung zu profilieren und damit ihren Einfluss innerhalb des Zentrums zunächst noch einmal zu verstärken<sup>8</sup>. Die bürgerlichen Elemente waren jedoch schon zu weit vorgedrungen, um auf diese Weise noch einmal eliminiert werden zu können; und die ländlichen Unterschichten, auf die sich die Aristokraten stützen zu können glaubten, waren keineswegs bereit, an der konservativen Reorientierung bedingungslos mitzuwirken; vielmehr entwickelten sie sich gerade jetzt zu einer eigenständigen politischen Kraft.

## 2. Der Aufruhr der »kleinen Leute«

In der neuen Bewegung, mit der der politische Katholizismus nach Ansätzen in den späten 80er Jahren in der ersten Hälfte der 90er Jahre massiv konfrontiert wurde, liefen zwei Entwicklungen zusammen: zum einen die wachsende Erbitterung der ländlichen Bevölkerungsgruppen über wirtschaftliche Belastungen und soziale Deklassierung, die das Zusammentreffen von fortschreitender Industrialisierung, kapitalistischer Konzentration und struktureller Agrarkrise mit sich brachte; zum andern das Vordringen der Techniken und Inhalte bürgerlicher Politik in eben diese Bevölkerungsgruppen im Zuge der »zweiten Aufklärung«, wie sie durch die wirtschaftlich-technischen Entwicklungen und die gleichzeitigen Bemühungen konkurrierender Eliten um die Mobilisierung und Integration ihrer Klientel bewirkt wurde. Beide Prozesse überschritten jetzt die kritische Schwelle, und ihr Zusammentreffen führte insbesondere die mittelständischen Bauern im Einflussbereich des Katholizismus, daneben aber auch Kleinbauern, Handwerker und Kleinhändler dazu, den Honoratioren, denen sie bislang die Vertretung ihrer Interessen anvertraut hatten, die Gefolgschaft aufzukündigen und sich unter Vermittlung eines neuen Typs politischer Volkstribunen zu einer Bewegung zu konstituieren, die sich in ihrer Mischung aus rückwärtsgewandten und modernen, antiliberalen und elementar-demokratischen Elementen am besten als populistisch charakterisieren lässt<sup>9</sup>.

7 Eine detaillierte Analyse der Auswirkungen des Zweiten Friedensgesetzes auf die politische Haltung des preußischen Klerus steht noch aus. Erste Regionaluntersuchungen (Alfred G. SCHARWARTH, Eine staatliche »Nachweisung« geeigneter Bischofs- und Domherrenkandidaten der Diözese Trier aus dem Jahre 1902, in: AMKG 20, 1968, 335–346. – Gisbert KNOPP, Kirchliche Personalpolitik im Düsseldorfer Regierungspräsidium vom Ausgang des Kulturkampfes bis zum Ende der Monarchie, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 173, 1971, 157–181) und ein allgemein zu beobachtender Rückgang geistlichen Engagements im politischen Katholizismus lassen jedoch den Schluss zu, dass Windthorst's Furcht vor einer »Pazifizierung« keineswegs so völlig gegenstandslos war, wie Rudolf MORSEY, Probleme der Kulturkampf-Forschung, in: HJ 83, 1964, 217–245, hier 238f., und WEBER, Kirchliche Politik (wie Anm. 6), 172, behaupten.

8 Hierzu insbesondere Klaus MÜLLER, Zentrumsparterie und agrarische Bewegung im Rheinland 1882–1905, in: Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach vom 10. April 1964, hg. v. Konrad REPGEN u. Stephan SKALWEIT, Münster 1964, 828–857.

9 Dabei braucht in diesem Kontext auf die erbitterte und mehrfach ideologisch belastete Kontroverse nicht weiter eingegangen werden, die unter amerikanischen Historikern über die »Natur« des Populismus geführt worden ist (vgl. den Überblick in: Populism: The Critical Issues, hg. v. Sheldon HACKNEY, Boston 1971); es genügt, die spezifischen Entstehungsbedingungen des hier



Die Anlässe für den Aufbruch der populistischen Bewegung waren unterschiedlich, und folglich zeigte sie sich zunächst regional in verschiedenen Formen. In Baden opponierte die ländliche Klientel gegen den Pazifizierungskurs, den die Katholische Volkspartei unter der Führung von Franz Xaver Lender eingeschlagen hatte, und ermöglichte auf diese Weise dem kompromisslos antiliberalen und grundsätzlich demokratisch orientierten Pfarrer Theodor Wacker die Gründung einer neuen Badischen Zentrumspartei (1888) und ihren Ausbau zur ernsthaften Herausforderung an die regierenden Nationalliberalen; gleichzeitig schlossen sich die bestehenden kleinbäuerlichen Bauernvereine zum Badischen Bauernverein zusammen (1892) und vervielfachten ihre Aktivität<sup>10</sup>. In Württemberg lösten sich die katholischen Bauern und Mittelständler von der manchesterliberalen Volkspartei, die bisher ihre Interessen auf Landesebene wahrgenommen hatte, und wandten sich Adolf Gröber zu, der – obwohl als Richter zum Kreis der Honoratioren zählend – seine mittelständische Herkunft nicht vergessen hatte und ebenso stark sozial wie konservativ-religiös motiviert die Sprache des »Volkes« zu sprechen verstand. Unter seiner Ägide wurde zunächst (1891) ein württembergischer Zweig des »Volksvereins für das katholische Deutschland« ins Leben gerufen und dann (1895) über den Volksverein eine Württembergische Zentrumspartei, die die Belange des Katholizismus fortan im Landtag vertrat; der Volksverein leistete auch weiterhin die Mobilisierung der Bauern und die Betreuung von Handwerkern und Kleinhändlern, die die ganz überwiegende Masse der Klientel der neuen Partei bildeten<sup>11</sup>. Im moselfränkischen Raum weitete der Trierische Bauernverein, den der im Kulturkampf radikal gewordene »Preßkaplan« Georg Friedrich Dasbach 1884 als Selbsthilfeorganisation der unter Erbteilung und Zinswucher leidenden Kleinbauern gegründet hatte, seinen Einzugsbereich und seine Aktivitäten beträchtlich aus; 1890 errang Dasbach einen Sitz im Preußischen Abgeordnetenhaus, wo er sich bald als robuster Sprecher der »kleinen Leute« einen Namen machte und so den Zorn aristokratischer Fraktionskollegen und preußischer Regierungsbehörden auf sich zog<sup>12</sup>.

vorliegenden Falls herauszuarbeiten und im übrigen darauf zu verweisen, dass sich seine Erscheinungsformen mit den allgemeinen Charakteristika decken, die gemeinhin für populistische Bewegungen angegeben werden (etwa in den Beiträgen in: *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, hg. v. Ernest GELLNER u. Ghita IONESCU, London 1969).

10 Vgl. die Angaben bei Georg HEIM, *Der bayerische Bauernverein in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, Ansbach 1907, 34. – Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei*, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914, 9 Bde., Köln 1927–1932, Reprint Aalen 1968, hier Bd. 8, 98–128. – Heinz STRIEBICH, *Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Lande Baden*, Diss. Heidelberg 1955, 41–52; allgemein auch Josef SCHOFER, *Erinnerungen an Theodor Wacker*, Karlsruhe 1921.

11 Hermann CARDAUNS, *Adolf Gröber*, Mönchengladbach 1921. – BACHEM, *Zentrumspartei* (wie Anm. 10), Bd. 8, 57–84. – David BLACKBOURN, *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*, Wiesbaden 1980, 74–99.

12 Erich SPENGLER, *Entwicklung und Bedeutung des Trierischen Bauernvereins*, Diss. Greifswald 1930. – David W. HENDON, *The Center Party and the Agrarian Interest in Germany, 1890–1914*, Diss. Emory Univ. 1976, 55–59 u. 308f. – Hubert THOMA, *Georg Friedrich Dasbach. Priester – Publizist – Politiker*, Trier 1975. – Ulrich FOHRMANN, *Trierer Kulturkampfpublizistik im Bismarckreich. Leben und Werk des Pressekaplans Georg Friedrich Dasbach*, Trier 1977. – Karl Josef RIVINIUS, *Sozialpolitische Wirksamkeit des Preßkaplans Georg Friedrich Dasbach (1846–1907)*, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften* 21, 1980, 233–262. – DERS., *Die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Tätigkeit von Georg Friedrich Dasbach*, in: *Soziale Frage und Kirche im Saarrevier*, Saarbrücken 1984, 109–182.



In Bayern richtete sich der bäuerliche Protest nicht nur gegen die Aristokraten und gegen die liberale Oberschicht, sondern in einer ersten Aufwallung auch gegen den katholischen Klerus, den man all zu sehr mit den etablierten Mächten verflochten glaubte; es entstand, wie ein zeitgenössischer Beobachter es rückblickend ausdrückte, *eine Art von revolutionärer Bewegung, von Bauernkrieg ohne Flinten und Morgensterne, aber mächtig laut und gefährlich ausschauend*, die das bayerische Zentrum in seinen Grundfesten erschütterte. Bei zwei Nachwahlen zum bayerischen Landtag 1892 erlebte das Zentrum gewaltige Stimmeinbrüche; die Reichstags- und Landtagswahlen des folgenden Jahres konnte es nur in einem Viertel seiner Wahlkreise ungeschoren überstehen; drei Reichstags- und sieben Landtagsmandate gingen an Repräsentanten des unterdessen gegründeten antiklerikal-populistischen Niederbayerischen Bauernbunds. 1893/94 entstanden in rascher Folge weitere unabhängige Bauernvereine, und nach internen Auseinandersetzungen mit den Interessenvertretern der (insbesondere in Franken vertretenen) Großgrundbesitzer konstituierte sich die neue politische Formation 1897 landesweit als Bayerischer Bauernbund<sup>13</sup>. Das Zentrum vermochte nur zu überleben, indem es selbst der bäuerlichen Protestbewegung Raum bot. Von 1893 an wurden in allen bayerischen Regierungsbezirken christliche Bauernvereine gegründet, die dann 1898 im Bayerischen Christlichen Bauernverein ein gemeinsames organisatorisches Dach fanden; gleichzeitig stieg der Realschullehrer Georg Heim zum Wortführer bäuerlicher Interessen im Zentrum auf, und wichen die Honoratioren der Landtagsfraktionen immer mehr vor den populistischen Forderungen zurück<sup>14</sup>.

In Schlesien, im nördlichen Rheinland und in Westfalen brach sich die Revolte nicht so eindeutig ihre Bahn. Die führende Rolle, die das Großbauerntum in den ländlichen Gesellschaften dieser Regionen spielte, ließ die Interessendifferenzen zwischen Aristokraten und bäuerlichen Massen nicht so deutlich hervortreten wie etwa in den vorwiegend kleinbäuerlich strukturierten Regionen des bayerischen Kernlandes oder des Mosellandes. Zudem hatten sich hier aristokratische Großgrundbesitzer seit langem in paternalistischer Weise um die wirtschaftlichen Belange der bäuerlichen Bevölkerung gekümmert – am längsten Schorlemer-Alst, dessen Westfälischer Bauernverein bis in das Jahr 1862 zurückdatierte, dann seit 1881 Huene mit dem Schlesischen Bauernverein und seit 1882 Loë mit dem Rheinischen Bauernverein. Die Bauern hatten also weniger Anlass, sich alleingelassen zu fühlen, konnten vielmehr schon auf eine gewisse Erfahrung in der gemeinsamen Vertretung agrarischer Interessen gegen die Kräfte der Industriegesellschaft zurückblicken. Der bäuerliche Protest formierte sich daher in diesen Regionen zunächst nicht gegen, sondern mit der regionalen Aristokratie, und die aristokratischen Führer erwiesen sich als geschickt genug, ihre Positionen zusammen mit ihrer bäuerlichen Klientel zu radikalieren. Vom Herbst 1892 an setzten sie sich an die Spitze der Agitation gegen die industriefreundliche Caprivische Handelsvertragspolitik und suchten zugleich durch die Drohung mit der Gründung einer eigenen Handwerker-

13 Alois HUNDHAMMER, *Geschichte des bayerischen Bauernbundes*, München 1924. – Herbert GOTTWALD/Werner FRITSCH, *Bayerischer Bauernbund 1895–1933*, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. 1, Leipzig 1968, 66–78. – Ian FARR, *Populism in the Countryside: The Peasant Leagues in Bavaria in the 1890s*, in: *Society and Politics in Wilhelmine Germany*, hg. v. Richard J. EVANS, London 1978, 136–159; zum allgemeinen Hintergrund auch Werner K. BLESSING, *Umwelt und Mentalität im ländlichen Bayern. Eine Skizze zum Alltagswandel im 19. Jahrhundert*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 19, 1979, 1–42; das Zitat aus der *Allgemeinen Zeitung* 4.6.1910.

14 HEIM, *Bayerischer Bauernverein* (wie Anm. 10). – Hermann RENNER, *Georg Heim als Agrarpolitiker bis zum Ende des ersten Weltkriegs*, Diss. München 1957, 81–134. – Hans-Michael KÖRNER, *Staat und Kirche in Bayern 1886–1918*, Mainz 1977, 37–48.



und Bauernpartei das Zentrum auf einen mittelstandsfreundlicheren Kurs zu zwingen. In Westfalen organisierte Schorlemer bei den Reichstagswahlen von 1893 in drei Wahlkreisen agrarische Sonderkandidaturen, nachdem sein Versuch, die offiziellen Wahlkomitees auf eine stärkere Berücksichtigung agrarischer Kandidaten festzulegen, fehlgeschlagen war; im Rheinland erklärte Loë offen seine Ablehnung des offiziellen Wahlprogramms; beide gründeten eigene Presseorgane, um dem radikal-agrarischen Standpunkt eine Plattform zu verschaffen<sup>15</sup>.

Trotz des forcierten Eintretens der adligen Großgrundbesitzer für agrarische Interessen fehlte es aber auch in diesen Regionen nicht an Zeichen für die Unzufriedenheit mittelständischer Wähler mit ihrer Repräsentation durch die Honoratioren und für ihre Bereitschaft, die Vertretung ihrer Interessen notfalls auch selbst in die Hand zu nehmen. So kam es im westfälischen Wahlkreis Arnsberg-Olpe-Meschede Anfang 1893 zur offenen Auflehnung von Bauern, kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern, als die Honoratioren des Wahlkreiskomitees im Verein mit der örtlichen Geistlichkeit einen adligen Kandidaten als Nachfolger für den im Dezember 1891 verstorbenen Peter Reichensperger aufstellten: Die Repräsentanten des örtlichen Mittelstandes nominierten den Herausgeber der Westfälischen Volkszeitung, Johannes Fusangel, der sich seit geraumer Zeit als Anwalt der »kleinen Leute« einen Namen gemacht hatte, als Gegenkandidaten und verhalfen ihm in einer spektakulären Kampagne, die reichsweit Aufsehen erregte, zu einer vierfachen Mehrheit über seinen parteioffiziellen Konkurrenten. In Schlesien drohten die Bauern *sehr aufgeregt* ihren aristokratischen Abgeordneten die Wiederwahl zu verweigern, wenn diese an ihrer Unterstützung der Caprivischen Militärvorlage festhielten; und im Rheinland vermied es Loës neues Presseorgan, die »Rheinische Volksstimme« sorgsam, zu dieser Militärvorlage eindeutig Stellung zu nehmen – nur so ließ sich verhindern, dass sich die allgemeine Unzufriedenheit auch gegen den rheinischen Bauernführer richtete<sup>16</sup>.

Erste Auswirkungen der Radikalisierung der ländlichen Zentrumswähler bekam schon Windthorst zu spüren, als er im Frühsommer 1890 versuchte, seine Fraktion zur Annahme der Militärvorlage des neuen Reichskanzlers Caprivi zu bewegen.

Sogleich als im Oktober 1892 Caprivis neue Militärvorlage durch eine Indiskretion bekannt wurde, setzte darum in der Zentrumspresse ein Kesseltreiben gegen die Mehrforderungen ein. Wähler drohten ihren Abgeordneten mit dem Entzug ihrer Mandate, falls sie sich erneut auf eine Unterstützung der Heeresexpansion einlassen sollten; Abgeordnete beschworen die Führungskräfte der Partei, diesmal hart zu bleiben, weil anders ein Massensexodus der Wähler nicht mehr zu verhindern sei; die bayerischen Landtagsabgeordneten kündigten der Reichstagsfraktion in schroffer Form die Separation der Bayern vom Zentrum an, sollte sie es tatsächlich wagen, den Wünschen der Reichsleitung auch nur teilweise Folge zu leisten. Nach der Rückkehr aus den Weihnachtsferien waren die Reichstagsabgeordneten so demoralisiert, dass Lieber dem

15 Gunther MEES, Schorlemer-Alst und der Westfälische Bauernverein in der deutschen Innenpolitik, vornehmlich der Jahre 1890–1894, Diss. Münster 1956. – MÜLLER, Zentrumspartei und agrarische Bewegung (wie Anm. 8), 834ff.; Denkschrift von Hermann Cardauns und andere Materialien in HASTK Nl. Bachem 66b.

16 Vgl. zu Westfalen John K. ZEENDER, The Center Party and the Growth of German National Power, 1890–1906, Diss. Yale Univ. 1951/52, 31f. (mit einigen Irrtümern im Detail), ergänzend Germania 28.2., 1., 3. u. 25.3.1893; zu Schlesien Herbert GOTTWALD, Zentrum und Imperialismus. Zur Geschichte der Wandlung des Zentrums beim Übergang zum Imperialismus in Deutschland, Diss. Jena 1966, 136; das Zitat aus einem Schreiben Schädlers an Lieber 6.5.1893, AAW Nl. Lieber 128; zum Rheinland HENDON, Agrarian Interest (wie Anm. 12), 321.



Reichskanzler eröffnete, mit einem Votum für die Vorlage würde das Zentrum schlichtweg seine Existenz aufs Spiel setzen: *Das Centrum könne wohl im Nothfalle die Fühlung nach oben entbehren, aber niemals nach unten, wie der Culturkampf gezeigt habe. [...] Das Centrum würde daher seine Auflösung herbeiführen, wenn es unter diesen Verhältnissen, welche lediglich in dem Verhalten der Regierung ihre Ursache hätten, wagen würde, sich mit den Ansichten und Empfindungen der Wähler in Widerspruch zu setzen, und den Gewinn seines Zerfalles würden nicht die der Regierung nahestehenden Parteien haben*<sup>17</sup>.

Die vorzeitigen Neuwahlen, die Caprivi nach dem Scheitern des Hueneschen Kompromissantrags ansetzte, gerieten zu einem Plebiszit gegen die Zentrumsaristokratie. Huene, der nach den voreiligen Bemühungen Schorlemers vor Windthorsts Tod die stärkste politische Kraft der Adelsriege der Fraktion dargestellt hatte, trat sofort aus dem Fraktionsvorstand aus, bemühte sich in drei schlesischen Wahlkreisen vergeblich um seine Wiederwahl und fügte damit seiner politischen Karriere einen nicht mehr reparablen Schaden zu. Ballestrem und Porsch, die beide lange zwischen Wähler- und Regierungsgunst geschwankt hatten, ehe sie Huene und Kopp gefolgt waren, verzichteten von vorneherein auf erneute Kandidaturen, um sich wenigstens die Möglichkeit eines Comebacks über das preußische Abgeordnetenhaus offen zu halten. Von den übrigen Dissidenten wurden nur zwei erneut gewählt: der vormalige badische Katholikenführer Franz Xaver Lender und der wegen seiner Verbindungen zum Kaiserhof geschätzte Prinz Franz von Arenberg. Selbst Aristokraten, die nicht für den Antrag Huene gestimmt hatten, schreckten vor einer erneuten Bewerbung zurück (so Loës Mitarbeiter Wilhelm von Hoensbroech und sein Vetter Friedrich von Loë) oder erlebten bittere Niederlagen (so der bayerische Zentrumsführer Konrad von Preysing). Schorlemers Versuch, die konservative Position durch drei agrarische Sonderkandidaturen zu stärken, scheiterte kläglich. Als der Reichstag im Juli 1893 wieder zusammentrat (und dann die Huene-Vorlage verabschiedete, da die Fortschrittlichen in den Stichwahlen dezimiert worden waren und sich zudem gespalten hatten), stellte der Adelsflügel des Zentrums keine nennenswerte politische Macht mehr dar<sup>18</sup>.

17 Hans GOEBEL, Die Militärvorlage 1892–1893, Diss. Münster 1935, 51f. (Pressestimmen); Lerchenfeld an Craillsheim 7.12.1892 u. 11.1.1893, BHStA II Gesandtschaft Berlin 1062; Lerchenfeld an Craillsheim 17.4.1893, ebd. 1063; Memorandum von Felix Porsch 25.1.1893. – GOTTWALD, Zentrum und Imperialismus (wie Anm. 16), Anhang 107–112; Lieber lt. Denkschrift Kopp 29.1.1893. – Christoph WEBER, Quellen und Studien zur Kurie und zur vatikanischen Politik unter Leo XIII. Mit Berücksichtigung der Beziehungen des Hl. Stuhles zu den Dreibundmächten, Tübingen 1973, 520f. (Zitat); Porsch an Kopp 18.4.1893, AAW Nl. Kopp 34; Schädler an Lieber 6.5.1893 (wie Anm. 16).

18 BACHEM, Zentrumsparthei (wie Anm. 10), Bd. 5, 289–291. – HENDON, Agrarian Interest (wie Anm. 12), 344–350; zu den Motiven Porsch's dessen Memorandum vom 12.5.1893, BA Berlin I Rkz, Militär-Sachen 2b, Nr. 1261, 263–265, veröffentlicht bei GOTTWALD, Zentrum und Imperialismus (wie Anm. 16), Anhang 129–132. Wie Gottwald ausgerechnet das Jahr 1893 als den Zeitpunkt bezeichnen kann, zu dem »das Zentrum in allen wichtigen Fragen von Staat und Gesellschaft auf die Position der herrschenden Klassen Preußen-Deutschlands übergegangen war« (ebd., 109), bleibt unverstänlich. Die Vorstellung, die breiten Massen der Zentrums Klientel seien überhaupt nicht (so Hans-Ulrich WEHLER, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1980, 84) oder erst gegen Ende des Ersten Weltkrieges (so Ursula MITTMANN, Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf 1976, 80) politisch aktiv geworden, lässt sich nicht halten.



### 3. Die bürgerliche Hegemonie

Nutznießer der populistischen Revolte gegen den Versuch, den politischen Katholizismus in den Obrigkeitsstaat einzufügen, waren in erster Linie die bürgerlichen Führungskräfte, deren Vordringen die Zentrumsaristokratie mit so großem Missbehagen verfolgt hatte.

Tatsächlich blieben die bürgerlichen Honoratioren, indem sie sich zu Wortführern des populistischen Protests aufwarfen, von der allgemeinen Abneigung gegen das Honoratorentum weitgehend verschont und konnten sie so zur führenden Gruppe des Zentrums aufsteigen: Die populistische Bewegung verfügte noch nicht über eine genügende Anzahl eigener Führer und institutionell abgesicherter Artikulationsmöglichkeiten; die Arbeiter waren noch kaum mobilisiert; die Geistlichen aber ließen unter dem Druck des kirchlich-staatlichen Arrangements in ihrem politischen Engagement nach; und die Adligen waren so weitgehend diskreditiert, dass sie allenfalls noch als Juniorpartner der bürgerlichen Honoratioren einen gewissen Einfluss ausüben konnten – wenn sie es nicht vorzogen, sich überhaupt aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Die bürgerlichen Zentrumsführer, die sich zunächst engagiert hatten, weil sie mit der Freiheit der katholischen Kirche auch die Freiheit für die eigene bürgerliche Existenz bedroht sahen und gegen die Diskriminierung katholischer Bürger im protestantisch-nationalliberal dominierten Reich revoltierten, traten jetzt mehr und mehr auch als Anwälte der »kleinen Leute« auf, die um den Beifall ihrer Klientel warben; und wenn dieser Beifall auch wiederholt ausblieb, weil bürgerliche und populistische Interessen und Empfindungen nicht immer übereinstimmten, so reichte ihr Einsatz für die Belange ihrer Klientel doch hin, ihnen für geraume Zeit den stärksten Einfluss auf den Kurs des Zentrums zu sichern. Statt zu einer Stütze der konservativen Kräfte entwickelte sich das Zentrum zu einer Bewegung, in der katholische Bürger um ihren Anteil an der Macht und katholische Mittelständler um ihre soziale Existenz kämpften<sup>19</sup>.

Innerhalb der bürgerlichen Führungsgruppe rückte der nassauische Rechtsanwalt Ernst Lieber an die erste Stelle. Außerordentlich ehrgeizig und ichbezogen hatte er die »Diktatur« Windthorsts nur aus der Distanz ertragen und seit dem Tode Windthorsts offensiv gegen eine Vereinnahmung des Zentrums durch die konservativen Kräfte gekämpft. Ende Dezember 1892 hatte er sich als erster prominenter Zentrumsführer in der Öffentlichkeit kompromisslos gegen die Caprivische Militärvorlage ausgesprochen und damit nicht nur die Entscheidung der bürgerlichen Abgeordneten für die populistische Bewegung beschleunigt, sondern sich auch selbst als Wortführer des Widerstands gegen die Ansprüche der Reichsleitung profiliert; und so wenig diese Reputation als »Demokrat« auch zu seinem Naturell und seiner liberalkonservativen Vorstellungswelt passte, so bezog er doch aus ihr fortan einen überproportionalen Einfluss auf den Gang der Zentrumspolitik<sup>20</sup>. Felix Porsch, der wie Lieber zu Windthorsts Nachfolgekandidaten gehört hatte (und gleich ihm eine Anwaltspraxis betrieb), musste sich, nachdem er es

19 Im Regierungslager spiegelte sich dieser Wandel in heftigen Klagen über die »Demokratisierung« des Zentrums wider; vgl. etwa Caprivi an den preußischen Vatikangesandten Otto von Bülow 12.5.1893, PAAA Deutschland 125 secr. 1, 2; Ders. an Kopp 19.5.1893, ZstA I Rkz Militärsachen 2b, 261, 276–279, veröffentlicht bei GOTTWALD, Zentrum und Imperialismus (wie Anm. 16), Anhang 135–137; Bülow an Caprivi 20.6.1893, PAAA ebd.

20 Zu Liebers Persönlichkeit vgl. die etwas einseitig nationalpatriotische Skizze von Martin SPAHN, Ernst Lieber als Parlamentarier, Gotha 1906, sowie die Zeugnisse aus seinem Nachlass bei ZEENDER, Center Party (wie Anm. 16), 22f. und passim. Ebd. auch die Materialien für die folgende Positionsanalyse.



nicht verstanden hatte, die Wende zum Populismus rechtzeitig mitzuvollziehen, damit begnügen, sich über die preußische Landtagsfraktion die führende Position in der schlesischen Zentrumsparlei zu erkämpfen; in den Reichstag fand er nicht mehr zurück. Julius Bachem, als Redakteur der »Kölnischen Volkszeitung« und Herausgeber des »Staats-Lexikons der Görres-Gesellschaft« der profilierteste unter den bürgerlichen Zentrumsführern, blieb ganz außerhalb der Parlamente, nachdem er sich im Frühjahr 1891 zu einem illegitimen Kind bekannt hatte und, um die Partei nicht unnötig zu kompromittieren, aus dem preußischen Abgeordnetenhaus ausgeschieden war<sup>21</sup>. An seiner Stelle vertraten sein jüngerer Vetter Carl Bachem und der Düsseldorfer Landesrat Alois Fritzen das rheinländische Bürgertum im engeren Führungszirkel der Partei, ab 1896 auch der Hauptorganisator der rheinländischen Zentrumsparlei, Julius Bachems »junger Mann« Carl Trimborn. Daneben stieg Adolf Gröber, dessen populistisches Engagement den Honoratioren den Weg zum Erfolg schon vorgezeichnet hatte, zu einem der führenden Abgeordneten der Reichstagsfraktion auf; ebenso der hohe preußische Justizbeamte Peter Spahn, der sich in der parlamentarischen Arbeit am Bürgerlichen Gesetzbuch profilierte; und schließlich der Fuldaer Textilfabrikant Richard Müller, der den Einfluss des modernen, liberal orientierten Unternehmertums in der Parteiführung verstärkte.

Natürlich fehlte es nicht an Versuchen von aristokratisch-konservativer Seite, die bürgerliche Hegemonie wieder zu beseitigen, indem man an die gemeinsamen Interessen aller Agrarier und Mittelständler appellierte und so die Spaltung zwischen aristokratischem Großgrundbesitz und ländlichem Populismus zu überwinden suchte, auf der der Aufstieg der bürgerlichen Führer vorrangig beruhte. Die bürgerlichen Zentrumsführer begegneten der Konkurrenz der Loë-Fraktion, indem sie sich selbst stärker mittelständischen Forderungen verpflichteten, als ihnen von ihren eigenen Vorstellungen und wirtschaftlichen Interessen her zunächst lieb gewesen war. Das Ausmaß der aristokratisch-populistischen Divergenzen vielfach unterschätzend glaubten sie gegenüber den Appellen an die Gemeinsamkeit aller Agrarier und traditionellen Existenzen nur bestehen zu können, wenn sie sich selbst als Anwälte nicht nur der politischen, sondern auch der materiellen Interessen der »kleinen Leute« profilierten; und diese Profilierung war nur glaubhaft, wenn sie nicht in Rhetorik stecken blieb, sondern sich in konkrete Maßnahmen umsetzte. So engagierten sie sich, oft halbherzig und über das Ausmaß der nötigen Zugeständnisse intern uneins, in einer widerspruchsvollen, oft wenig wirksamen und stark demagogischen Mittelstandspolitik, die der Industrialisierung und industriellen Konzentration entgegenwirken sollte, tatsächlich aber nur marginalen Schutz gegen die erforderlichen Umstellungsprozesse bot.

Zudem wirkten sie selbst gleichzeitig daran mit, das Deutsche Reich in jenen »modernen« Industriestaat zu verwandeln, gegen den die Mittelstandspolitik abzusichern versprach – etwa indem sie durch ihre Mitarbeit am Bürgerlichen Gesetzbuch (das 1896 verabschiedet wurde) die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine rationelle kapitalistische Volkswirtschaft verbessern halfen, oder wenn sie die eigene Klientel zu verstärkter Inanspruchnahme der modernen Bildungsmöglichkeiten und zu verstärktem unternehmerischen Engagement anspornten. Schließlich hatten sie auch auf die Konsumenteninteressen Rücksicht zu nehmen, die ihre Wähler unter den Industriearbeitern und »neuen« städtischen Mittelschichten mit der Zeit immer nachhaltiger artikulierten. Die Suche nach Kompensationen wurde folglich bald zum Charakteristikum der Zen-

21 Lieber, Tagebucheintragung vom 30.5.1891, mitgeteilt bei ZEENDER, Center Party (wie Anm. 16), 22.



trumspolitik in den Parlamenten; und was nach außen hin nach glänzender taktischer Flexibilität und grundsatzlosem Opportunismus aussah, war in Wirklichkeit oft nichts anderes als das Ergebnis geradezu verzweifelten Bemühens, das prekäre Kräftegleichgewicht zu erhalten, auf dem die Hegemonie der bürgerlichen Zentrumsführer beruhte.

Ein Übergang des Zentrums zur Fundamentalopposition nach sozialdemokratischem Muster war um so weniger zu erwarten, als die bürgerliche Bewegung innerhalb des politischen Katholizismus gerade in den letzten Jahren der stärksten Konfrontation mit der Reichsleitung an Breite und Dynamik ungemein zunahm. In der Formationsphase der Partei hatte sich diese Bewegung nur auf vergleichsweise kleine Zirkel katholischer Akademiker, höherer Beamter und Unternehmer stützen können; ihr politisches Gewicht hatten die bürgerlichen Führungskräfte der Partei allein aus der Reputation bezogen, die sie, meist durch die Vermittlung des örtlichen Klerus, bei den unterbürgerlichen Wählermassen besessen hatten. Mit fortschreitender Industrialisierung, insbesondere im Zuge der 1896 einsetzenden neuen Hochkonjunkturperiode, weiteten sich diese Zirkel nun quantitativ beträchtlich aus: Katholiken drangen vermehrt in die Bereiche der Großindustrie, des Handels und des Bankwesens ein und entfalteten dort beträchtliche Aktivitäten (auch wenn sie den Vorsprung der überwiegend nichtkatholischen »Gründergeneration« bei der Besetzung von Führungspositionen infolge des unterdessen erreichten Konzentrationsgrads der Industriegesellschaft natürlich nicht wettmachen konnten); ebenso profitierten sie von der Ausweitung der öffentlichen Verwaltung, der Wohlfahrtspflege und des Bildungswesens und stellten sie einen erheblichen Anteil an der neuen Schicht der technischen Intelligenz. Gleichzeitig rückten sie gesellschaftlich immer deutlicher zu *einer* Gruppe zusammen, entwickelten sie ein stärkeres und stärker an den Werten des modernen Industriestaates orientiertes Selbstbewusstsein als bisher und traten sie auch politisch deutlicher als bisher als Gruppe in Erscheinung<sup>22</sup>.

Aus der eher vorsichtigen Distanz, die die bürgerlichen Führer der Gründungsära gegenüber ständestaatlichen Utopien erkennen gelassen hatten, entwickelte sich jetzt eine offensive Kritik an der Rückwärtsgewandtheit des bisherigen Katholizismus und ein lautstarkes Bekenntnis zu den Errungenschaften des modernen Industriestaates.

22 Vgl. hierzu und zum folgenden die Beobachtungen bei Joseph HANSEN, Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart, in: Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, Bd. 1, Essen 1922, 239–435, hier 390–395. – Wilhelm SCHWER/Franz MÜLLER, Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Kapitalismus, Augsburg 1932. – Clemens BAUER, Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile, Frankfurt/M. 1964. – GOTTWALD, Zentrum und Imperialismus (wie Anm. 16), 24–31. – Johannes HORSTMANN, Katholizismus und moderne Welt. Katholikentage, Wirtschaft, Wissenschaft. 1848 bis 1914, München/Paderborn 1976, 90ff., sowie Thomas MERGEL, Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914, Göttingen 1994. – Wilfried LOTH, Die deutschen Sozialkatholiken in der Krise des Fin de Siècle, in: Soziale Reform (wie Anm. 5), 128–141. – Die These vom »gebrochenen Verhältnis« des deutschen Katholizismus zur bürgerlichen Gesellschaft (so nach Wilhelm SCHWER, Der Kapitalismus und das wirtschaftliche Schicksal der deutschen Katholiken, in: SCHWER/MÜLLER, 7–74 und besonders der einflussreiche Aufsatz von Clemens BAUER, Der deutsche Katholizismus und die bürgerliche Gesellschaft in: DERS., Deutscher Katholizismus, 28–53; wieder aufgelegt bei Olaf BLASCHKE, Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1997) lässt sich in dieser Pauschalität nicht halten: Sie übersieht die bei aller Distanz der Kirche gegenüber der bürgerlichen Welt und relativen »Rückständigkeit« der deutschen Katholiken beim Aufbruch zur bürgerlich initiierten Industriegesellschaft gleichwohl schon bei der Formation der Zentrumspartei vorhandenen bürgerlichen Elemente und erst recht die beträchtliche Ausweitung, die diese Elemente in den 1890er Jahren erfuhren.



Jetzt hieß die Parole, so formulierte es August Pieper, *Schulung zur Arbeit, Herangehen an alle Probleme, das Terrain gewinnen, sich auf die Woge setzen, die naturgewaltig aufquellenden Triebkräfte unseres neuzeitlichen Lebens für die christliche Weltanschauung möglichst zu gewinnen dadurch, daß die Katholiken tüchtig wurden, alle jene Kräfte mit voller Sachkenntnis mit zu beherrschen*<sup>23</sup>. Die Wirtschafts- und Sozialordnung des modernen Kapitalismus wurde nicht mehr, wie bislang vielfach in katholischen Kreisen üblich, prinzipiell in Frage gestellt oder gar verurteilt, sondern ganz im bürgerlichen Sinne als Grundlage allgemeinen materiellen Fortschritts begrüßt; Wissenschaft und Technik wurden nicht länger als bedrohlich für die traditionellen Lebensverhältnisse empfunden, sondern als Grundlagen moderner Existenzbehauptung begierig aufgegriffen; Vereine, Parteien und Parlamente galten nicht mehr als Hindernisse auf dem Weg zu einem organischen Staatsaufbau, sondern als selbstverständliche Mittel, um die »Rechte des Volkes« zur Geltung zu bringen; die Auseinandersetzung mit der geistigen Entwicklung der Zeit erschöpfte sich nicht länger in trotziger Apologetik, sondern ging auf weite Strecken in eine unbefangene Lernbereitschaft über und mündete vielfach in unkritische Überanpassung.

Die neue Hochschätzung für die Werte einer bürgerlich dominierten Industriekultur ließ die – vielfach historisch bedingte – »Rückständigkeit« des katholischen Volksteils in der Mitwirkung am wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und in der Besetzung der Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Kultur umso schmerzlicher ins Bewusstsein treten: Sie nagte am Selbstwertgefühl der katholischen Bürger, behinderte sie in ihren Entfaltungsmöglichkeiten und ließ langfristig die Zukunft des politischen Katholizismus überhaupt fragwürdig erscheinen. Entsprechend erscholl nun allenthalben der Ruf nach mehr katholischen Akademikern, mehr katholischen Gelehrten, *mehr katholischen Kommerzienräten*<sup>24</sup> und stärkerer Vertretung der Katholiken in den oberen Rängen der Bürokratie. In zahlreichen Artikeln und Versammlungen wurde über die Ursachen der Rückständigkeit räsoniert und an den Bildungseifer der Katholiken appelliert; zugleich wurde auf allen Ebenen von den staatlichen Stellen eine »paritätische« Berücksichtigung der Katholiken bei der Besetzung öffentlicher Ämter gefordert und allgemein nach Beweisen für die Gleichwertigkeit der katholischen Bürger im wilhelminischen Reich gesucht. Ihren Höhepunkt erlebte die Kampagne mit einer Klageschrift über den Mangel an »Parität in Preußen«, die Carl Bachem und Trimborn Anfang 1899 den führenden preußischen Ministern und Reichsstaatssekretären vorlegten, und die dann in der Tat zu einer etwas stärkeren Berücksichtigung katholischer Bewerber bei der Besetzung hoher Verwaltungsstellen führte.

Unter den Wortführern des bürgerlichen Aufbruchs ist an erster Stelle Julius Bachem zu nennen, der schon in den 70er Jahren zusammen mit Hermann Cardauns, Georg von Hertling und anderen die »Görres-Gemeinschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland« ins Leben gerufen hatte, nun in der »Kölnischen Volkszeitung« unermüdlich für eine stärkere Beteiligung der Katholiken am industriellen Leben stritt und dann im Frühjahr 1906 in einem vieldiskutierten Artikel unter der Parole »Wir müssen aus dem Turm heraus!« die politischen Anliegen der Bewegung noch einmal zusammenfasste. Daneben hatte Hertlings Warnung vor einem Herabsinken der Katholiken zu Bürgern zweiter Klasse auf der Konstanzer Jahresversammlung der Görresgesellschaft 1896 eine wichtige Signalwirkung. Ebenso spielten die Männer der Mön-

23 Pieper an Froberger 24.9.1910, BA Berlin I Vv4, 284–291.

24 So Carl Bachem auf dem Osnabrücker Katholikentag 1902, zit. n. GOTTWALD, Zentrum und Imperialismus (wie Anm. 16), 25.



chengladbacher Volksvereinszentrale eine wichtige Rolle, insofern sie die Bewältigung sozialer Probleme vom Boden der kapitalistischen Wirklichkeit aus propagierten und betrieben. Eher am Rande, aber gleichwohl symptomatisch wirkten die »reformkatholischen« Theologen, so Franz Xaver Kraus, der in seinen 1896–1900 anonym erschienenen »Spectator«-Briefen heftige Attacken gegen den Ultramontanismus ritt, und Herman Schell, der 1897 mit der Forderung nach der Verbindung der Kirche mit moderner Wissenschaft und nationaler Kultur (»Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts«) Aufsehen erregte. Ergänzt wurden ihre Bestrebungen von Männern wie Carl Muth, der 1898 mit einer Kampfansage an die moralische Bevormundung des katholischen Literaturbetriebs antrat, und Martin Spahn, dem Sohn des Zentrumsführers, der als historischer Publizist für eine Versöhnung der Katholiken mit dem preußisch-kleindeutschen Geschichtsbild wirkte; Muths 1903 gegründetes Organ »Hochland«, in dem auch Spahn regelmäßig publizierte, entwickelte sich rasch zum wichtigsten geistigen Forum der Bewegung<sup>25</sup>.

Natürlich agierte die bürgerliche Aufbruchsbewegung nicht in jeder Hinsicht einheitlich. So hielten sich die politischen Führer in der Regel von den theologischen Erneuerungsbemühungen bewusst fern, um ihr ohnehin schwieriges Verhältnis zu den kirchlichen Autoritäten im Hinblick auf deren Einfluss bei den Wählermassen nicht noch zusätzlich zu belasten. Die Identifikation mit dem neudeutschen Nationalismus ging unterschiedlich weit, ebenso die Bereitschaft zur Übernahme liberaler Ordnungsvorstellungen; antilibérale Momente der ideologischen Tradition und Imperative der aktuellen bürgerlichen Situation vermengten sich in den unterschiedlichsten Kombinationen. Ein Teil war gewiss bereit, sich um der individuellen Karriere willen den Vorstellungen des Regierungslagers anzupassen, während andere – und hier insbesondere die politisch erfahrenen Führungskräfte der Partei – sehr wohl wussten, dass der Aufstieg der katholischen Bürger im Reich auf Dauer nur gesichert werden konnte, wenn sich das Zentrum als eigenständiger Machtfaktor behauptete<sup>26</sup>. Aber alle trafen sich in dem Bestreben, sich in der bestehenden bürgerlichen Ordnung bzw. in dem, was von einer solchen Ordnung vorhanden war, einzurichten; und allein schon mit dieser allgemeinen Tendenz bestärkten sie die Zentrumsführer in ihrer Entschlossenheit, den bürgerlichen Einfluss, wenn irgend möglich, nicht in einer gewaltsamen Konfrontation aufs Spiel zu setzen. Die Sorge um die »nationale« Reputation des katholischen Bürgertums,

25 Zu Bachem vgl. LOTH, Katholiken im Kaiserreich (wie Anm. 3), 113; zum Volksverein ebd., 88–90; Hertlings Konstanzer Rede in: Jahresberichte der Görresgesellschaft 1896, 16–23, erneut u. a. in: Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. Bd. 2: Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, hg. v. Ernst HEINEN, Paderborn 1979, 268–274; im übrigen James C. HUNT, »Die Parität in Preußen« (1899): Hintergrund, Verlauf und Ergebnis eines Aktionsprogramms der Zentrumspartei, in: HJ 102, 1982, 418–434. – Gabriele CLEMENS, Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983, 10–19 u. 55–62. – Wolfgang KRAMER, Zeitkritik und innere Auseinandersetzung im deutschen Katholizismus im Spiegel der führenden katholischen Zeitschriften Deutschlands 1895–1914, Diss. Mainz 1955. – BAUER, Deutscher Katholizismus (wie Anm. 22), 93–136. – Oskar SCHRÖDER, Aufbruch und Mißverständnis. Zur Geschichte der reformkatholischen Bewegung, Graz 1969. – Roger AUBERT, Der Reformkatholizismus in Deutschland, in: HKG VI/1, 437–446.

26 Die Vorstellung, die Zentrumsführer hätten ihren »Platz an der Sonne« durchweg durch Willfährigkeit gegenüber dem Regierungslager zu erkaufen gesucht (so BLACKBOURN, Class [wie Anm. 11], 36f. u. 58; in der Tendenz auch Ronald J. ROSS, Beleaguered Tower: The Dilemma of Political Catholicism in Wilhelmine Germany, Notre Dame/London 1976, 36 u. 137f., und ANDERSON, Windthorst [wie Anm. 2], 380f. u. 404), greift zu kurz. Vgl. LOTH, Katholiken im Kaiserreich (wie Anm. 3), 61–75.



die in einer vorwiegend protestantisch und liberal bestimmten Reichskultur ständig latent bedroht war, und die Hoffnung auf Kompensationen für eine »verantwortliche« Haltung in der Reichspolitik wirkten dann noch zusätzlich auf eine positive Verständigung mit der Reichsleitung hin.

#### 4. Der Aufstieg der katholischen Arbeiterbewegung

Dass es der bürgerlichen Zentrumsführung im Jahrfünft nach dem Kardorff-Kompromiss nicht mehr so leicht gelang, die populistischen Kräfte im politischen Katholizismus unter Kontrolle zu halten wie im Jahrzehnt zuvor, war darauf zurückzuführen, dass diese nun Verstärkung aus den Reihen der katholischen Industriearbeiter erhielten, die sich im Zuge der 1895 einsetzenden Hochkonjunkturperiode erstmals autonom zu organisieren begannen und nach der Jahrhundertwende mehr und mehr eigenständiges politisches Gewicht entwickelten.

Erst allmählich entstanden im Laufe der 90er Jahre im Rahmen der Arbeitervereins- und Volksvereinsarbeit die Voraussetzungen für eine autonome katholische Arbeiterbewegung. Führende katholische Sozialpolitiker wie Brandts und Hitze gelangten allmählich zu der Einsicht, dass die notwendige aktive Mitarbeit der Arbeiter an der Abwehr sozialdemokratischer Kräfte und der »sozialen Reform« nur zu gewinnen war, wenn man ihnen eigene Verantwortung zuzugestehen bereit war; die Förderung eines Arbeiter-»Standesbewusstseins« führte, obwohl ursprünglich an vagen ständestaatlichen konfliktfreien Idealvorstellungen orientiert, in der Praxis zur Entwicklung eines durchaus klassenbestimmten Selbstbewusstseins unter katholischen Arbeitern; und die Beratung von Arbeitern in rechtlichen und materiellen Fragen durch sozial engagierte Geistliche, Verbandssekretäre und mehr und mehr auch institutionalisierte Arbeitersekretariate förderte das Bewusstsein von der Notwendigkeit eigener Interessenvertretung in sozialen Fragen. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang neben den Massen-Druckschriften der Verbandszentralen den jährlich stattfindenden »praktisch-sozialen Kursen« des Volksvereins zu, an denen neben sozialpolitisch interessierten Geistlichen, Akademikern u. a. seit Mitte der 90er Jahre auch einzelne Arbeiter teilnahmen: Hier entstand mit der Zeit ein Reservoir von Führungskräften der katholischen Arbeiterbewegung<sup>27</sup>.

Die früheste Initiative zur Politisierung der katholischen Arbeitervereine ging von einer Gruppe Münchner Arbeiterpräsidens unter der Führung von Lorenz Huber aus, die auf der Mainzer Versammlung des »Zentralkomitees der Präsidens der katholischen Arbeitervereine Deutschlands« 1892 die Aufstellung eines präzisen politischen Programms der Arbeiterbewegung und insbesondere die Organisierung der Arbeiterschaft in Gewerkschaften forderten. Ihr Programm stieß freilich weithin auf Unverständnis und Furcht vor einer Polarisierung von Arbeitern und bürgerlichen Zentrumskräften; und der »Arbeiter-Wahlverein der Zentrumspartei in München«, den sie nach der Ablehnung ihrer Pläne durch ihre Präsidens-Kollegen im Oktober 1893 durchaus erfolg-

27 Genaue Zahlenangaben über Kursteilnehmer aus Arbeiterkreisen liegen nicht vor. Pieper berichtet, dass sich unter den 886 Teilnehmern des Kurses von 1895 erstmals 54 Arbeiter befanden; Pieper, *Geschichte II*, 382, *StAMö Nl.* Pieper, zit. n. Horstwalter HEITZER, *Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918*, Mainz 1979, 228f. An Druckschriften wurden im Laufe des ersten Jahrzehnts der Volksvereinsarbeit über 29 Millionen Exemplare verbreitet; ebd., 25.



reich organisierten, fand keine Nachahmung. Zwar fand sich unter den Arbeiterpräsidenten auch keine Mehrheit für das »katholisch-soziale Programm« des Kaplan Oberdörffer, das einem ständischen Idealbild folgend lediglich die Bildung von genossenschaftlichen Organisationen aus Arbeitgebern und Arbeitern vorsah, und schlossen die von der Würzburger Generalversammlung der Präsidenten 1894 verabschiedeten Leitsätze aus der Feder von Franz Hitze die Bildung von Gewerkschaften und den Streik als Mittel im Arbeitskampf keineswegs definitiv aus, doch empfahlen sie vordringlich nur die Bildung von berufsspezifischen so genannten Fachabteilungen der Arbeitervereine, die, immer noch unter der Aufsicht der geistlichen Leitung der Vereine, über die Aufklärung der Mitglieder und gütliche Einigung mit den Arbeitgebern die entscheidende Förderung der beruflichen Interessen der katholischen Arbeiter leisten sollten – eine Vorstellung, die in der Praxis kaum nennenswerte Resonanz fand<sup>28</sup>.

Das Zögern der meisten Arbeiterpräsidenten in der Gewerkschaftsfrage führte nicht nur dazu, dass, was zunächst keineswegs entschieden war, der politische Katholizismus bei der gewerkschaftlichen Erfassung seiner Klientel gegenüber der Sozialdemokratie weit ins Hintertreffen geriet; es hatte ganz entgegen den Intentionen der Präsidenten auch zur Folge, dass die Gewerkschaftsgründungen im katholischen Raum, die auf Initiative einzelner Sozialpolitiker und Arbeitervereinsfunktionäre dann doch erfolgten, ohne direkte Verbindung zum kirchlichen Apparat oder zu Zentrumsorganen blieben und daher, obwohl hier und da von bürgerlichen und geistlichen Zentrumskräften in wirtschaftsfriedlicher Absicht gefördert, den beteiligten Arbeitern nahezu uneingeschränkten Raum zu autonomer Gestaltung boten. Dies galt sowohl für den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, der sich von den lokalen Zentrums- und Arbeitervereinskräften gefördert, im August 1894 unter dem Vorsitz des Bergarbeiters August Brust im Bereich des Oberbergamts Dortmund konstituierte, und dem sich in den folgenden Jahren auch Vereine aus Oberschlesien, dem Siegerland und vom Niederrhein anschlossen, als auch für die Textilarbeiterorganisationen in Aachen (Dezember 1896), Krefeld (April 1898) und Mönchengladbach (Dezember 1898), und für die Gewerkschaften, die aus den von Huber initiierten autonomen Arbeiterschutzevereinen (erstmalig im November 1895 in München, 1897 in Nürnberg, 1898 in Bamberg, Regensburg und Berlin) hervorgingen oder mit ihnen in Verbindung standen, so insbesondere der Bayerische Eisenbahnerverband unter dem Eisenbahnarbeiter Moritz Schmid (Dezember 1896), der Verband der Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Bayern unter dem Schlosser Carl Schirmer (September 1897) und der Christliche Holzarbeiterverband für Deutschland unter dem

28 Vgl. Michael GASTEIGER, Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland. Eine geschichtliche Darstellung, München 1908, 79–85, 195–219. – Michael BERGER, Arbeiterbewegung und Demokratisierung. Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Verständnis der katholischen Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich zwischen 1890 und 1914, Diss. Freiburg 1971, 25–42 (mit irreführenden Bemerkungen zur vermeintlichen ständischen Orientierung der süddeutschen Präsidenten). – Hans Dieter DENK, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg, Mainz 1980, 57ff., 109–113, 160f. (ausgezeichnet zu den bayerischen Verhältnissen, aber irrtümlich das »katholisch-soziale Programm« statt der Hitzeschen »Leitsätze« als Ergebnis der Diskussion bezeichnend). Karl MÖCKLS Ausführungen über einen angeblichen »Arbeiterwahlverein für das Zentrum«, der »den Interessen und der Stimme der Arbeiter innerhalb des Zentrums« in Bayern Gehör verschaffte und zur Vorherrschaft eines »linken Zentrumsflügels« führte (Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München/Wien 1972, 467–471), sind irreführend.



Schreiner Adam Stegerwald mit Sitz in München (Juli 1899)<sup>29</sup>. Sie alle und auch die kleineren Verbände, die zur gleichen Zeit entstanden<sup>30</sup>, stießen zunächst auf Indifferenz oder Zurückhaltung der überwiegenden Mehrheit der Arbeitervereinsführungen und der Zentrumshonoratioren, bisweilen sogar auf offene Feindseligkeit und rekrutierten ihre Mitglieder fast ebenso außerhalb wie innerhalb des Arbeitervereinsmilieus<sup>31</sup>.

Insgesamt wuchsen die christlich orientierten Gewerkschaftsorganisationen, wenn man den verbands-offiziellen Angaben Glauben schenken darf, von 5500 Mitgliedern im Jahr 1895 auf 152 000 zum Zeitpunkt des Frankfurter Gewerkschaftskongresses von 1900. Programmatisch ließ sich unter ihren Repräsentanten sehr bald Einigkeit erzielen: Auf parallelen Delegiertentagen in Köln und Ulm im Dezember 1898 (jener unter dem Vorsitz von August Brust, dieser unter der Leitung des jungen württembergischen Arbeitersekretärs Matthias Erzberger) verständigte man sich im wesentlichen den Vorstellungen Brusts, Giesberts und Erzbergers folgend auf zentralisierte Industrieverbände als Organisationsprinzip, die Orientierung am Leitbild der Sozialpartnerschaft von Unternehmern und Arbeitern, aber auch die prinzipielle Bejahung der Streiks als Kampfmittel, schließlich auf Interkonfessionalität und parteipolitische Neutralität – was neben einer Aufforderung an die Freien Gewerkschaften, sich von ihrer sozialdemokratischen Orientierung zu lösen, vor allem die Festlegung auf absolute Unabhängigkeit von kirchlicher Leitung und Zentrumsführung bedeutete; denn Aussichten auf eine Erfassung protestantischer Arbeiter bestanden nur in geringem Maße, und sich selbst politisch anders als nach der Zentrumsparterie zu orientieren, kam nur den allerwenigsten christlichen Gewerkschaftsführern in den Sinn. Als »Mainzer Leitsätze« auf dem ersten allgemeinen Kongress christlicher Gewerkschaftler im Mai 1899 formell beschlossen,

29 Für den Bergarbeiterverband Claudia HIEPPEL, Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Stuttgart 1998; für Bayern DENK, Arbeiterbewegung in Bayern (wie Anm. 28), 249–268; im übrigen Johannes GIESBERTS, Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben, Köln 1907. – Otto MÜLLER, Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiter-Organisationen, Karlsruhe 1905, 24ff. – August ERDMANN, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 1908, 380ff. – GASTEIGER, Christliche Arbeiterbewegung (wie Anm. 28), 224ff.; allgemein auch Karl Heinz SCHÜRMAN, Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften, Freiburg i.Br. 1958. – Eric Dorn BROSE, Christian Labor and the Politics of Frustration in Imperial Germany, Diss. Kent, 1978, sowie Michael SCHNEIDER, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, 54–116.

30 Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter in Trier (Mai 1894), Christlicher Gewerkverein der Ziegler in Lippe (1895), Gewerkverein christlicher Berg-, Eisen- und Metallarbeiter im Oberbergbezirksamt Bonn (1897), Christlich-sozialer Verband der Metallarbeiter Deutschlands in Duisburg (1899), Christlich-sozialer Verband der Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands in Geldern (1899) u.a.; vgl. Statistik der christlichen Gewerkvereine in Deutschland, in: Der Volksverein 9, 1899, 36.

31 Genaue Zahlen existieren nicht. Für die Erzdiözese Köln stellte der Jahresbericht der Arbeiter- und Knappenvereine für das Jahr 1910 fest, dass 29,36 % der Arbeitervereinsmitglieder gewerkschaftlich organisiert waren; der Prozentsatz war umso höher, je stärker der Einzugsbereich der lokalen Arbeitervereine industrialisiert war – so lag er in Siegburg lediglich bei 9,47 %, während Aachen 41,11 % erreichte. Umgekehrt waren im Essener Kartell der Christlichen Gewerkschaften 54 % der katholischen Gewerkschaftsmitglieder zugleich Mitglieder in Arbeitervereinen. Allgemein umfassten die ortsgebundenen Arbeitervereine einen hohen Prozentsatz gewerkschaftlich nicht oder nur schwer organisationsfähiger, oft auch älterer Arbeiter, während in den berufsmäßig organisierten Gewerkschaften die jungen, beweglichen, stärker um materielle Existenzsicherung besorgten Arbeiter überwoogen; so Brauns an Hitze 22.7.1912, BA Berlin Vv 143, 97–104.



bildeten sie fortan die programmatische Grundlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung<sup>32</sup>.

Organisatorisch mussten freilich zunächst ganz wie bei den Freien Gewerkschaften einige Schwierigkeiten überwunden werden. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der sich am 8. November 1900 unter dem Vorsitz von Brust in Köln konstituierte, umfasste zunächst nur knapp die Hälfte der auf den Gewerkschaftskongressen repräsentierten Mitglieder; insbesondere die starken Eisenbahnerverbände blieben außerhalb; und in Bayern hielt es eine Mehrheit von Gewerkschaftsführern um Hans Braun für besser, dem Zentralisationsgedanken durch die Gründung eines eigenen Bayerischen Gewerkschaftskartells Rechnung zu tragen. Erst 1903 wurde in Köln ein Generalsekretariat des Gesamtverbandes unter der Leitung von Adam Stegerwald eingerichtet, 1904 das Bayerische Sonderkartell aufgelöst, 1905 der organisatorische Aufbau zu einem gewissen Abschluss gebracht; gleichzeitig wurde die Agitation über die Gründungsschwerpunkte im Rhein-Ruhrgebiet, den Bayerischen Industriezentren und den Großberliner Raum hinaus in bisher vorwiegend »wirtschaftsfriedliche« Gebiete ausgedehnt, so insbesondere in das oberschlesische Industrieviertel und das Saarrevier. Die Mitgliedszahlen stiegen im Zuge des neuen konjunkturellen Aufschwungs von 76 000 Ende 1900 auf 260 000 Ende 1906 in den dem Gesamtverband angeschlossenen Einzelgewerkschaften und von 152 000 auf über 350 000 insgesamt<sup>33</sup>.

Gleichzeitig entdeckten die katholischen Arbeiter in großer Zahl den Volksverein, dessen Hauptverantwortliche sie in einer kritischen Situation als einzige Stütze erfahren hatten, als Artikulations- und Emanzipationsmöglichkeit. *Mit jugendlicher Begeisterung*, so berichtet Pieper, *erzwangen sie überall in den Gemeinden die Einführung des Volksvereins*, stellten sie *überwiegend die Vertrauensmänner des Volksvereins*, und was noch wichtiger war, die Leiter der Volksvereins-Sekretariate in den kleinen Bezirken und verhalfen sie damit der Volksvereins-Bewegung nach Jahren der Stagnation zum entscheidenden Durchbruch: Nachdem die Mitgliederzahl von 108 000 im Jahr nach der Konstituierung nur mühsam auf 186 000 im Jahr 1899 angestiegen war (1900 sogar einen leichten Rückfall auf 181 000 erlebt hatte), vermehrte sie sich nun in raschem Tempo auf 565 700 im Vereinsjahr 1906/07 (und später weiter auf 805 000 am Vorabend des Weltkrieges)<sup>34</sup>. Aus dem von Honoratioren getragenen wenig erfolgreichen Verband zur Abschirmung katholischer Volksmassen von »modernen« Einflüssen wurde auf diese Weise mehr und mehr eine von Arbeitern getragene Reformbewegung; die Hauptamtlichen der Volksvereinszentrale hofften zwar weiterhin, auch die anderen »Stände« für eine

32 Text der Mainzer Leitsätze in GIESBERTS, Gewerkschaften (wie Anm. 29), 10ff.; mit weiteren Aktenstücken auch bei GASTEIGER, Christliche Arbeiterbewegung (wie Anm. 28), 246–275, und SCHNEIDER, Gewerkschaften (wie Anm. 29), 116–125; zur Rolle Erzbergers Klaus EPSTEIN, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin <sup>2</sup>1976, 453–457. Die Hoffnung auf ein Zusammengehen mit den Freien Gewerkschaften musste angesichts von Bedenken in den eigenen Reihen und der Zurückhaltung der »Freien« freilich sehr schnell begraben werden; vgl. BERGER, Arbeiterbewegung und Demokratisierung (wie Anm. 28), 113–116.

33 Die Zahlen nach: Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910, Köln 1909, 23ff. Zu den von Köln aus gesteuerten Anfängen in Oberschlesien Helmut J. SCHORR, Adam Stegerwald. Gewerkschafter und Politiker der ersten deutschen Republik, Recklinghausen 1966, 30–32; zum Saarrevier Josef BELLOT, Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815–1918), Bonn 1954, 111–113; Hohn an Gröber 25.10.1904, BA Berlin I Vv 142, 64f. – Horstwalter HEITZER, Die christliche Bergarbeiterbewegung im Saarrevier von 1904 bis zum Ersten Weltkrieg, in: Soziale Frage und Kirche (wie Anm. 12), 233–271.

34 Die Zahlen nach HEITZER, Volksverein (wie Anm. 27), 315; Piepers Notiz vom 11.6.1939, in: StA Münster, NL Pieper 38.



Mitarbeit an der von ihnen propagierten »christlichen Sozialreform« gewinnen zu können, konzentrierten ihre Anstrengungen aber, da sie im wesentlichen nur unter den Arbeitern auf ein Echo stießen, de facto zunehmend auf die Förderung der Arbeiterbewegung durch Kurse, Propagandamaterial, Arbeitersekretariate und politisches Engagement in Zentrumskreisen<sup>35</sup> und wuchsen zugleich in die Rolle von Sprechern dieser Arbeiterbewegung hinein, während die Arbeiter selbst die große Masse der Mitglieder und aktiven Mitarbeiter stellten<sup>36</sup>.

Was die katholische Arbeiterbewegung in Gewerkschaften und Volksverein zusammenhielt, war, darüber darf die gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit gerne hervorgehobene Formel von der *Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung*<sup>37</sup> nicht hinwegtäuschen, über das Festhalten an bestimmten identitätsstiftenden religiösen Traditionen hinaus ein elementares Verlangen nach Emanzipation: nach Befreiung von wirtschaftlicher Not, von kultureller »Rückständigkeit« und vor allem von politischer Bevormundung. Dieses Verlangen war zwar, den Residuen christlichen Universalismus entsprechend, die im katholischen Milieu noch lebendig waren, in vage Visionen von einem *Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit, Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft*<sup>38</sup> eingebundenen und artikulierten sich darum nicht etwa in einer klassenkämpferischen Terminologie, sondern in Forderungen nach »Standesbewusstsein«, »Anerkennung«, »Mitbestimmung«, »Gleichberechtigung«, nach einem *gerechten Anteil an den Erfolgen der wirtschaftlichen und geistigen Kultur*<sup>39</sup>; indem sich aber katholische Arbeiter zur Verwirklichung dieser Forderungen in beträchtlichem Umfang organisierten, die Vertretung ihrer Interessen nicht länger den traditionellen Honoratioren überließen, sondern selbst in die Hand nahmen oder der jetzt entstehenden Kategorie von Berufspolitikern ihres Vertrauens anvertrauten, stellten sie tatsächlich die bestehende gesellschaftliche und politische Machtverteilung ebenso in Frage wie ihre sozialdemokratisch orientierten Kollegen.

35 Nach außen blieben die »Beamten« der Volksvereinszentrale natürlich der Geschäftsgrundlage ihrer Stellung entsprechend zur Loyalität gegenüber Zentrums- und Kirchenführung verpflichtet (die darum keineswegs ein so außerordentliches »Phänomen« war, wie MITTMANN, Fraktion und Partei [wie Anm. 18], 178, meint).

36 Die gängige Charakterisierung des Volksvereins als »Massenorganisation der Zentrumswähler«, der die Klientel zusammenhielt, ohne dass die Vereinsmitglieder »politisch mitbestimmend ins Gewicht fallen« konnten (so Thomas NIPPERDEY, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, 281; ähnlich Hans ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin <sup>2</sup>1976, 255. – Rudolf MORSEY, Die Zentrumspartei in Rheinland und Westfalen, in: Politik und Landschaft. Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens. Bd. 3, hg. v. Walter FÖRST, Köln/Berlin 1969, 11–50, hier 45. – MITTMANN, Fraktion und Partei [wie Anm. 18], 173ff. – Geoff ELEY, Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, New Haven/London 1980, 26. – BLACKBOURN, Class [wie Anm. 11], 12), wird weder seiner früheren noch seiner späteren Rolle voll gerecht.

37 So Pieper auf der Generalversammlung des Verbandes »Arbeiterwohl« 10.1.1906; Soziale Kultur 26, 1906, 94–123.

38 Pieper vor der Versammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Köln, Oktober 1902; BA Berlin I Vv2, 6–20.

39 Giesberts vor der 1. internationalen Konferenz der Christlichen Gewerkschaften in Zürich 1908; Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften 1908, 278.



## 5. Perspektiven

Innerhalb des Zentrums verband sich die neue Bewegung zunächst vielfach mit den Kräften des agrarischen und kleingewerblichen Populismus. Die beiden Bewegungen entstammten zwar ganz unterschiedlichen Milieus und vertraten im wirtschaftlichen Bereich teilweise gegensätzliche Interessen, so dass es insbesondere bei Wahlkreis-Kandidatenaufstellungen nicht an gegenseitigen Animositäten mangelte und der Volksverein die allergrößten Schwierigkeiten hatte, in ländliche Gebiete einzudringen<sup>40</sup>; in der Ablehnung gegen patriarchalische Bevormundung und »Herrenmenschentum«, in der Abneigung gegen einen ungehemmten Wirtschaftsliberalismus, im Pochen auf die »Rechte des Volkes«, in der Absage an staatliche Repression (auch gegen die Sozialdemokratie) und in der Forderung nach staatlicher Sozialpolitik entwickelten sie aber soviel Gemeinsamkeiten, dass sie in den Fraktionen und in der politischen Öffentlichkeit als einheitliche »zentrumdemokratische« Richtung in Erscheinung traten – ohne präzises verfassungspolitisches Programm und bisweilen mit deutlichen antiliberalen Affekten, aber mit nachdrücklichem Anspruch auf materielle Besserstellung und stärkere politische Mitwirkung.

Von den Führern der populistischen Bewegung geriet nur Dasbach in einen Gegensatz zur Arbeiterbewegung, und das auch nur, weil er sich den Wünschen seines Diözesanbischofs Korum entsprechend für die Ausbreitung der wirtschaftsfriedlichen »Katholischen Fachabteilungen« engagierte, die von der christlichen Gewerkschaftsbewegung an der Saar heftig bekämpft wurden; im übrigen suchte er durchaus Arbeiterinteressen gegen das freikonservativ-nationalliberale Establishment im Saarrevier durchzusetzen<sup>41</sup>. Heim dagegen artikulierte schon in den Anfangsjahren seiner politischen Karriere ebenso die Interessen und Emotionen von Arbeitern wie von Bauern und blieb auch, nachdem er sich Ende der 90er Jahre als »Bauern doktor« einen Namen gemacht hatte, um die Förderung autonomer Kräfte innerhalb der Arbeitervereinsbewegung bemüht; und Heinrich Held betätigte sich als Regensburger Redakteur als Initiator von Arbeitervereinen und Gewerkschaften im Sinne der Volksvereinszentrale, ehe er als Vertreter eines ländlichen Wahlkreises in der Oberpfalz zur stärksten Stütze Heims in der bayerischen Zentrumsfraktion aufstieg. Umgekehrt bemühte sich Erzberger neben seiner Tätigkeit als Zentrumsredakteur, Arbeitersekretär und Gewerkschaftsführer auch um die Mobilisierung von Handwerkern und Bauern; innerhalb der württembergischen Volksvereins-Organisation nahm er sogar offiziell die Funktion eines »Handwerkeranwalts« wahr, und die Arbeitervereine nahmen hier vielfach die Form ganz allgemeiner »Kleine-Leute«-Organisationen an, die neben Industriearbeitern auch kleine Handwerksmeister, Nebenerwerbslandwirte und Tagelöhner mobilisierten<sup>42</sup>.

Auf diese Weise führte die Befriedigung agrarischer Interessen wohl zu einer Entschärfung der populistischen Aggressivität, aber keineswegs zu der von den bürgerlichen Zentrumsführern erhofften Konsolidierung ihrer Vormachtstellung im politischen

40 Wovon eine Fülle von Klagen auf den Geschäftsführer- und Generalversammlungen zeugen; BA Berlin I Vv 1, 13, 207, 337.

41 Landrat Saarbrücken an Regierungspräsident Trier 11.2.1905, LHAK 442, 6169; Saar-Post 23.11.1905, ebd.

42 GASTEIGER, Christliche Arbeiterbewegung (wie Anm. 28), 88f. – Richard KESSLER, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924, Berlin 1971, 42–50, 95–100. – EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 32), 24–31; Diözesanleitung der kath. Arbeitervereine Württembergs an Brauns 16.11.1911, BA Berlin I Vv 4, 32ff. (zur Struktur der württembergischen Vereine).



Katholizismus; vielmehr wurde das bürgerlich-adlige Honoratiorensystem durch das Bündnis der neuen Arbeiterbewegung mit dem abklingenden ländlichen Populismus stärker denn je in Frage gestellt.

Allenthalben zeigten sich deutliche Kritik am politischen Honoratiorentum, Forderungen nach stärkerer Repräsentanz des »Volkes« und Bemühungen um die Durchsetzung von Reichstags- und Landtagskandidaten aus den eigenen Reihen. Nachdem Oberpfälzer Bauern Heim 1897 sowohl ein Landtags- als auch ein Reichstagsmandat gegen den Widerstand der Münchner Zentrumsführung verschafft hatten, und Dasbach 1898 im Wahlkreis Trier gegen das Votum des traditionellen Wahlkomitees in den Preußischen Landtag gewählt worden war<sup>43</sup>, gelang es dem Münchner Arbeiterwahlverein 1899, Carl Schirmer in den Bayerischen Landtag zu bringen; Erzberger errang 1903, nachdem er von der württembergischen Zentrumsführung nominiert worden war, problemlos ein Reichstagsmandat im Wahlkreis Biberach; und Giesberts gelangte 1905 als Nachfolger für den verstorbenen Stötzel im Wahlkreis Essen in den Reichstag, nachdem das Krefelder Wahlkomitee zuvor seine Kandidatur für den Preußischen Landtag abgelehnt hatte<sup>44</sup>. Überhaupt machte sich bei der Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahl von 1903 schon vielfach der Einfluss der Arbeiterbewegung bemerkbar<sup>45</sup>, und wo die Arbeiter in den Wahlkomitees nicht zum Zuge kamen, gingen sie verstärkt zur Schaffung eigener Wahlorganisationen über, so in Mönchengladbach und in Bayern, wo 1905 die Wahl von zwei weiteren Arbeitersekretären (Heinrich Oswald, Georg Schwarz) in den Landtag durchgesetzt werden konnte. Georg von Hertling sah sich durch den »demokratischen« Ansturm so unter Druck gesetzt, dass er bei den Reichstagswahlen von 1903 von sich aus auf eine Erneuerung seines bayerischen Mandats verzichtete und sich stattdessen im konservativer gebliebenen Westfalen wählen ließ<sup>46</sup>.

In Oberschlesien, wo der Gegensatz zwischen »kleinen Leuten« und bürgerlich-adligen Honoratioren vielfach noch durch den nationalen Gegensatz zwischen Polen und Deutschen verstärkt wurde, gingen die Emanzipationsbestrebungen sogar soweit, dass die polnische Klientel nun den Zentrumshonoratioren in großen Scharen davonlief, und die polnischen Fraktionen in Reichs- und Landtag ganz offen von der Zentrumsparterie abrückten. Von neun schlesischen Wahlkreisen, die das Zentrum hielt, fielen bei den Reichstagswahlen von 1907 schließlich nicht weniger als fünf an die Polen, und in einem sechsten behauptete sich der Zentrumskandidat nur mit knapper Not<sup>47</sup>. Ansonsten gab es zwar keine Sezessionsneigungen, vielmehr hoffte die überwiegende Mehrheit der Arbeiterführer wie der Repräsentanten des Populismus, das Zentrum über kurz oder lang in eine »Volkspartei« im Sinne der eigenen »demokratischen« Überzeugungen umformen zu können – aber gerade diese Hoffnung verlieh dem »demokratischen« Ansturm gegen die Privilegien der Honoratioren besonderen Elan.

43 RENNER, Heim (wie Anm. 14), 130–134. – HENDON, Agrarian Interest (wie Anm. 12), 445f.

44 DENK, Arbeiterbewegung in Bayern (wie Anm. 28), 378. – EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 32), 32. – NIPPERDEY, Organisation (wie Anm. 36), 272. – BERGER, Arbeiterbewegung und Demokratisierung (wie Anm. 28), 171.

45 Wie der Regierungspräsident von Koblenz mit Datum vom 7.6.1903 berichtete: LHAK 403, 8463.

46 Zu Hertling Lerchenfeld an Podewils 15.3.1903, BHStA II 76274; im übrigen NIPPERDEY, Organisation (wie Anm. 36) und DENK, Arbeiterbewegung in Bayern (wie Anm. 28).

47 Porsch an den Nuntius in München 7.5.1904, AAW NL. Kopp 20, Pressematerial in BA Berlin I Rlb 6240.



Der rasche Aufstieg Erzbergers in der Reichstagsfraktion – er profilierte sich schon in der ersten Sitzungsperiode des 1903 gewählten Reichstags als einer der Hauptredner seiner Fraktion und wurde 1904 mit gerade 29 Jahren in den zentralen Haushaltsausschuss gewählt<sup>48</sup> – schien diesen Hoffnungen recht zu geben. Tatsächlich war hier nicht nur ein ganz außergewöhnlicher Arbeitseifer am Werk, der weit über das bei Honoratioren übliche Maß an politischem Einsatz hinausging, sondern wusste sich Erzberger eben auch von einer breiten »demokratischen« Bewegung getragen, und erfuhr diese Bewegung durch das kraftvolle Auftreten Erzbergers und seiner demokratisch-populistischen Kollegen auf der parlamentarischen Bühne zusätzlichen Auftrieb. Wie weit die Bewegung tatsächlich tragen würde, musste sich freilich erst noch in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen und konservativen Zentrumskreisen entscheiden<sup>49</sup>.

48 Vgl. EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 32), 64ff., der allerdings nur auf die persönliche Tüchtigkeit Erzbergers rekurriert.

49 Sie prägte die Zentrumspartei in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg. Vgl. ЛОТН, Katholiken im Kaiserreich (wie Anm. 3), 98–277.